

Jörg Roesler

Counterfactual History. Ihre Anwendung auf die Erforschung und Darstellung der DDR-Geschichte

Vortrag in der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften am 13. Juni 2013

1. Zum Verhältnis der traditionellen Geschichtswissenschaft zur Eventualgeschichte

Geschichte ist – so definierte es einst Aristoteles – die Wiedergabe dessen, was geschehen ist. Auch nach heutiger Auffassung hat die Geschichtswissenschaft die Aufgabe „alle bezeugten historischen Tatbestände möglichst genau und vollständig festzustellen“. Darüber hinaus soll sie auch „ihre Zusammenhänge, Bedingtheiten und Wirkungen verständlich zu machen“.¹ Nachzudenken darüber, was geschehen wäre, wenn bestimmte historische Ereignisse nicht oder anders eingetroffen wären, ist bis heute in den historischen Wissenschaften verpönt. Die geschichtswissenschaftliche Erkenntnis ergebe sich aus der Interpretation von schriftlichen und mündlichen, auch statistischen Quellen, die über Geschehenes aussagen. Vor Mutmaßungen über ungeschehene Geschichte sollte man sich hüten, äußerte sich eine eindeutige Mehrheit der Geschichtswissenschaftler des 19. und 20. Jahrhunderts. Schließlich erfordere bereits die kritische Analyse der schriftlichen und mündlichen Quellen die ganze Aufmerksamkeit und die intellektuellen Fähigkeiten des Geschichtswissenschaftlers.

Ungeachtet dieser vorherrschenden Meinung hat es unter den Historikern ein Nachdenken über unrealisierte Möglichkeiten im Geschichtsablauf schon immer gegeben. Der Althistoriker Alexander Demandt, der im Westen Deutschlands viel für die Anerkennung der Counterfactual History getan hat, weist darauf hin, dass bereits der Vater der antiken Geschichtsschreibung, Herodot, die Frage „Was wäre geschehen, wenn...?“ gestellt hat.² Auch im

1 Vgl. Brockhaus. Enzyklopädie, Bd. 8, Leipzig/Mannheim 2001, S. 435.

2 Alexander Demandt: Ungeschehene Geschichte. Ein Traktat über die Frage: Was wäre geschehen, wenn ...? Göttingen 2011, S. 10.

19. und 20. Jahrhundert hat immer wieder mal ein Historiker das oft zitierte Wort Leopold von Ranke aus dem Jahre 1824, dass es Aufgabe der Geschichtswissenschaft sei, unter strenger Kontrolle der Quellen die Fakten zu finden und darzustellen, „wie es eigentlich gewesen“, beiseite gelassen und sich mit der Frage „Was wäre wenn...“ beschäftigt, die der amerikanische Historiker Robert Cowley die „geheime Lieblingsfrage der Historiker“ nennt.³

Dieser Frage haben sich ostdeutsche Geisteswissenschaftler in Bezug auf die DDR-Geschichte nicht entziehen können, auch wenn dem Marxismus eine besondere Abneigung gegen die Counterfactual History nachgesagt wird.⁴ Von einer größeren Zahl von Ausflügen von DDR-Geisteswissenschaftlern in die Virtualgeschichte⁵ sei nur ein prominentes Beispiel hervorgehoben: Christa Lufts 1991 erschienenes Buch „Zwischen Wende und Ende“ enthält ein Kapitel, in dem sie die Frage stellt: „Gab es eine Alternative?“ und in dem sie beschreibt, wie sich Ostdeutschland entwickelt hätte, wenn die Regierung Modrow, in der Frau Luft Wirtschaftsministerin war, ihr im Januar 1990 vorgestelltes Reformprogramm hätte verwirklichen können.⁶

Ungeachtet geheimer Zuneigung und sporadischer Anwendung der Virtualgeschichte: Viele Historiker raten bis heute von Gedankenexperimenten nach den Methoden der kontrafaktischen Geschichtsschreibung ab, weigern sich kategorisch, darüber nachzusinnen, was geschehen wäre, wenn eine den historischen Prozess prägende Person z. B. durch plötzlichen Tod oder infolge eines Attentats ausgefallen wäre bzw. wenn aus dem Zusammenprall von Entwicklungstrends entstandene Zuspitzungen, die spektakuläre Ereignisse nach sich zogen, hätten vermieden werden können. Im 2004 erschienenen „Katechismus der Geschichtswissenschaft“ von Thomas Beck und Klaus Geus, einem Lehrbuch mit Anspruch, wird die Frage „Was leistet die virtuelle bzw. kontrafaktische Geschichtsschreibung?“ von den Verfassern so beantwortet: „In unseren Augen leistet die virtuelle bzw. kontrafaktische Geschichtsschreibung deswegen nichts, weil sie konstruierte historische Alternativen (mit dem tatsächlich Geschehenen – J. R.) als gleichwertig aus-

3 Robert Cowley (Hrsg.): *What If? The World's Foremost Military Historians Imagine What Might Have Been*, New York 1992, S. 12.

4 Vgl. Egon Krenz: Vorwort, in: Walter Ulbricht. *Zeitzeugen und Zeugnisse*, Berlin 2013, S. 7.

5 Im zweiten Halbjahr 2007 unternahm es sieben ostdeutsche Historiker, in der Zeitung „Neuen Deutschland“ (ND) ausgewählte Ereignisse von der Antike bis zur DDR-Zeit kontrafaktisch darzustellen. Die Redaktion der Zeitung hatte dem ersten Artikel eine kurze Einleitung vorangestellt, in der es hieß: „ND wagt mit Wissenschaftlern, wovor diese sich eigentlich scheuen.“ (Vgl. ND v. 28.-29.7.2007.)

6 Christa Luft: *Zwischen Wende und Ende*, Berlin 1991, S. 200-209.

gibt. Das ist nach unserem Verständnis von Geschichte unzulässig, ja sogar unseriös. ... Ein Historiker, der dies für Wissenschaft ausgibt, macht sich in unseren Augen unglaubwürdig.“⁷

2. Zu den Grundsätzen einer seriösen Eventualgeschichtsschreibung:

Gegen Urteile dieser Art haben sich prominente Verfechter der „Geschichte im Konjunktiv“ zur Wehr gesetzt, indem sie für einen seriösen Umgang mit der Alternativgeschichte eintraten und zu diesem Zwecke Regeln ausarbeiteten. Vor allem Alexander Demandt hat sich darum in seinem „Traktat über die Frage: Was wäre geschehen, wenn ...?“ verdient gemacht.⁸

Drei wichtige von ihm entwickelte Grundsätze seien hervorgehoben. Einen vierten möchte ich hinzufügen.

Als ersten Grundsatz für eine seriöse Eventualgeschichtsschreibung ist ihre realgeschichtliche Verankerung zu nennen. Dazu heißt es bei Demandt: „Plausible Alternativen zum Geschehen sind da erkennbar, wo Mitbewerber um den Erfolg bezeugt sind. Das gilt für Kriege, für Wahlen, für jede Art von Wettbewerb.“⁹

Von der Teilnahme an Kriegen, die zu einem Machtwechsel hätten führen können, ist die DDR während ihrer gesamten Existenz auch dank eigenem Bemühen verschont geblieben. Von jähren Wendungen des Kalten Krieges war sie jedoch wiederholt, teilweise sogar besonders betroffen. Ich nenne nur Daten wie den 25. März 1952 (Ablehnung der sowjetischen Deutschlandnote), den 17. Juni 1953 oder den 21. August 1961.

Wahlen, die zu einem Machtwechsel bzw. Systemwechsel hätten führen können, hat die SED-Führung für die Dauer ihrer Herrschaft verhindert.¹⁰

Wettbewerb bzw. Konkurrenz zwischen verschiedenen Strömungen innerhalb der SED-Führung um die Ausgestaltung des Sozialismus in der DDR hat es dagegen wiederholt gegeben, auch wenn die DDR-Geschichtsschreibung darüber gern Stillschweigen bewahrte und wenn die an die Totalitarismuskonzeption gebundenen „Aufarbeiter der DDR-Geschichte“ nach 1990 keinen Blick für derartige Situationen und Konstellationen entwickeln konnten.

7 Thomas Beck/Klaus Geus: *Katechismus der Geschichtswissenschaft. Ein Lehrbuch in 100 Fragen und Antworten*, Oberhaid 2004, S. 64.

8 Vgl. Demandt, *Ungeschehene Geschichte. Traktat über die Frage: Was wäre geschehen, wenn ...?* Göttingen 2011, insbesondere S. 53-82.

9 Ebenda, S. 63.

10 Jörg Roesler: *Geschichte der DDR*, Köln 2012, S. 28-30.

Wer unter den Historikern sich jedoch der DDR-Geschichte nicht naiv oder voller Vorurteile nähert, dem müssen auf jeden Fall die Auseinandersetzungen zwischen Reformern und Konservativen in der SED-Führung, die sich über dreieinhalb Jahrzehnte DDR-Geschichte verfolgen lassen, auffallen. Auszumachen sind in diesem Zusammenhang Akteurskoalitionen, die sich um verschiedene Ideen bildeten. Es war ein Streit um Pläne, Projekte und Programme, der vor allem 1954, 1957, 1962/63, 1965, 1968, 1970/71, 1977 und 1989/90 ausgetragen wurde und der vorrangig – aber nicht nur – die Methoden der Wirtschaftslenkung betraf. Die Strömungskämpfe wurden – mit über die Jahre teilweise wechselnden Akteuren – um das Maß von Zentralisierung und Dezentralisierung, von festen und flexiblen Preisen, von Plan und Markt, um das NÖS und ÖSS, um die Rolle der „Eigenerwirtschaftung der Mittel“ durch die produzierenden Unternehmen und um den zentral bilanzierten Plan geführt. Über ökonomische Probleme hinaus ging es dabei immer auch um den Regierungsstil, um Verschwiegenheit bzw. Offenheit der politischen Klasse beim Nennen bzw. beim Anpacken der Probleme, zeitweise auch um Pluralismus und Eindimensionalität in Kunst und Kultur.¹¹

Als zweite Bedingung für eine seriöse kontrafaktische Geschichte gilt die Plausibilität der ausgewählten Alternative – gemessen an den konkreten realgeschichtlichen Bedingungen. Obwohl die behandelte Alternative nicht eintrat, ist in diesen Fällen die Möglichkeit, dass sie hätten realisiert werden können, vom Historiker nicht von der Hand zu weisen. Die Realitätsnähe alternativer Entwürfe, schreibt Demandt, „hängt ... an dem Reifegrad, den sie erreicht haben und an den Rahmenbedingungen, die zu ihrer Realisierung hätten vorhanden sein müssen.“¹²

Eine der kühnsten Alternativvorstellungen zur Politik der SED-Führung unter Erich Honecker war das Programm eines Hermann von Berg, das auf die Wiedervereinigung in einem Deutschland zielte, „in dem Sozialdemokraten, Sozialisten und demokratische Kommunisten ein Übergewicht gegen die konservativen Kräfte bilden.“¹³ Was von Berg Anfang 1978 im Spiegel als „Manifest“ eines „Bundes Demokratischer Kommunisten Deutschlands“ veröffentlichte, entbehrte damals in Ost- wie Westdeutschland jeglicher Chancen zur Verwirklichung. Es kann deshalb nicht, auch wenn das „Manifest“

11 Vgl. dazu: Ebenda, S. 38-40, 43-44, 58-62, 64-66, 68-70, 82, 102.

12 Demandt, Ungeschehene Geschichte, S. 64.

13 Zit. in: Siegfried Prokop: Die DDR im Jahre 1978, in: Ders. (Hrsg.), Der versäumte Paradigmenwechsel. „Spiegel-Manifest“ und „Erster Deutscher im All“ – die DDR im Jahre 1978, Schkeuditz 2008, S. 22-23.

ideengeschichtlich interessant ist und für den Verfasser nicht ohne Folgen blieb,¹⁴ Gegenstand einer seriösen „Geschichte im Konjunktiv“ sein.

In weitaus größerem Maße an die reale Situation als die Veröffentlichung des „Spiegelmanifestes“ knüpfte dagegen ein Vorstoß von Günter Mittag und Wolfgang Schürer vom selben Jahr an, obwohl der nur die Form eines Schreibens an den Generalsekretär des ZK der SED, Erich Honecker, hatte und von den Autoren nie öffentlich gemacht wurde.

In dem 1978 verfassten Brief des Wirtschaftssekretärs des ZK der SED und des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission – also der Repräsentanten der beiden höchsten ökonomischen Kommandostellen in der DDR – wurde die seit 1971 von Honecker betriebene Wirtschafts- und Sozialpolitik kritisiert, weil sie zu einer wachsenden Verschuldung der DDR gegenüber dem westlichen Ausland geführt habe. „Erstmals sind wir in akuten Zahlungsschwierigkeiten“, hieß es in dem Brief an Honecker. Mittag und Schürer schlugen das Versorgungsniveau schmälernde Importkürzungen und eine Exportoffensive zum Abbau der Defizite vor.¹⁵ Darüber hinaus beinhalteten ihre Vorschläge – ohne das explizit so zu benennen – eine komplette Revision der Honeckerschen Wirtschaftsstrategie, die seit 1971 unter dem Slogan „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ betrieben wurde. Hätte die Schürer-Mittag-Initiative Erfolg gehabt, dann wäre die SED-Wirtschaftspolitik zu den Grundsätzen der Wirtschaftsreform zurückgekehrt, die 1971 mit dem Sturz Ulbrichts abgebrochen worden war. Diese nachvollziehbare Zielstellung erlaubt es m. E., die „Briefaktion“ von Mittag und Schürer zum Gegenstand der Eventualgeschichte zu machen.

Für die Berufung auf die Schürer-Mittag-Initiative treffen nicht nur die erste und zweite, sondern auch die dritte von Demandt genannte notwendige Voraussetzung für eine seriöse Anwendung der Counterfactual History zu: Ihr Gegenstand muss eine mögliche Entscheidung von strategischer Bedeutung sein.

Was wäre geschehen, wenn es so, wie Mittag und Schürer hofften, gekommen wäre? Die DDR hätte dann rechtzeitig – noch vier Jahre vor Ausbruch der internationalen Schuldenkrise Anfang der 80er Jahre und vor der von den USA unter Ronald Reagan ausgehenden, die Verschuldung beschleunigenden Hochzinspolitik – also unter weitaus günstigeren Bedingungen als das später möglich war – mit dem Abbau ihrer Devisenschulden

14 Ebenda, S. 26-31.

15 Zit. in: Siegfried Wenzel: Plan und Wirklichkeit. Zur DDR-Ökonomie. Dokumentation und Erinnerungen, St. Katharinen 1998, S. 71.

beginnen können. Die SED-Führung hätte mit der wegen der Importkürzungen notwendig werdenden Offenlegung der streng geheim gehaltenen, bis dahin nur einem kleinen Kreis von Mitgliedern des Politbüros und des ZK der SED sowie des Ministeriums der Finanzen bekannten Zahlungsschwierigkeiten der DDR unter ihren Bürgern vermutlich zunächst einen Schock ausgelöst. Aber gleichzeitig hätte das Eingeständnis von Fehlern und das Zulassen einer öffentlichen Diskussion über Auswege aus der Finanzklemme in der Bevölkerung, vor allem unter Jugendlichen und Intellektuellen, Vertrauen geschaffen, Verständnis dafür, dass der Verbrauch nicht mehr jedes Jahr gesteigert werden könne, geweckt und unterstützende Kräfte mobilisiert.

Das jedenfalls lässt sich in Analogie mit der Entwicklung in den ersten Jahren der Einführung des NÖS (1964-1965) schlussfolgern, als die im Juni 1963 veröffentlichte „Kritische Einschätzung der bisherigen Praxis der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ bei vielen Wirtschaftsfunktionären und in großen Teilen der DDR-Öffentlichkeit auf eine positive Resonanz gestoßen war.¹⁶

Womit wir bei einer vierten Bedingung für eine seriöse Handhabung der Kontraktivistischen Geschichtsschreibung angekommen wären – der Berufung auf realgeschichtliche Analogien. Die Analogiebildung, bekannt als ein nützliches Verfahren für den Erkenntnisgewinn bei der Untersuchung realgeschichtlicher Entwicklungen, erweist sich auch von großer Hilfe für eine glaubwürdige Konstruktion virtueller Prozesse. Wie ist das gemeint?

Jede getroffene Entscheidung, jeder eingeschlagene Kurs ruft Gegenkräfte hervor, die bestrebt sind, den beschrittenen Entwicklungsweg wieder rückgängig zu machen. Das, was realgeschichtlich häufig geschieht, muss natürlich auch für mögliche Alternativen in Betracht gezogen werden. Die Stärke dieser als Reaktion auf die möglicherweise eingeschlagene Entwicklung entstehenden Gegenkräfte abzuschätzen, einzuschätzen, ob sie die Alternative letztlich zunichte gemacht hätten, ist für den Historiker ein nur schwer kalkulierbares Unterfangen. Hier hilft die Berufung auf realgeschichtliche Analogien, auf vergleichbare Prozesse, die erfolgreich verliefen. Sie erlauben es, die Richtung und Stärke der Gegenkräfte, ihre Chancen, den eingeschlagenen alternativen Weg zum Scheitern zu bringen, abzuschätzen. Der Verweis auf Analogien wird sich vor allem auf den Ablauf vergleichbarer Prozesse in anderen Ländern beziehen. Er kann aber auch parallele frühere

16 Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Berlin 1963, S. 86-92.

oder spätere Entwicklungen im Untersuchungsraum – in unserem Falle in der DDR – beinhalten.

3. Vom Nutzen der Eventualgeschichte für die historische Wissenschaft

Der Historiker Kurt Pätzold schätzt den Nutzen der Counterfactual History folgendermaßen ein: „Dieses Vorgehen bringt (zwar) keine grundsätzlich neuen Einsichten und Erkenntnisse zutage, aber es liefert eine eigenartige Ausleuchtung der realen historischen Szene, deren Konturen, mit einer fiktiven verglichen, deutlicher hervortreten können.“¹⁷ Dem kann man zustimmen. M. E. bietet die kluge Anwendung der Counterfactual History jedoch mehr: Sie vertieft nicht nur Sichten auf realgeschichtliche Prozesse, sie macht darüber hinaus auch Alternativen sichtbar. Misst man realisierte Lösungen an den möglichen nicht verwirklichten, dann wird erst vollends erkennbar, welchen Charakter, welche (mindere) Qualität die realisierte Lösung hatte, welche anderen brauchbaren, unter Umständen sogar besseren Lösungen von den Akteuren verworfen wurden bzw. welche sie versäumten, überhaupt anzudenken.

Doch am wichtigsten scheint mir: Die Eventualgeschichte ist ein wirksames Mittel in der Auseinandersetzung mit Fehlurteilen der Realgeschichtsschreibung, die aus der teleologischen Geschichtsbetrachtung resultieren. Normalerweise ist es doch so: Der Historiker sieht aus der gegenwärtigen Situation zurück auf die Vergangenheit. Er untersucht die Etappen, beschäftigt sich mit den Schritten, die zum bekannten Ergebnis führten. Der Geschichtsverlauf, der sich auf diese Weise erschließt, bietet sich als linearer und kausal begründeter Ablauf dar. Die Handelnden, so scheint es, waren nicht in der Lage sich den Umständen zu entziehen, das Ergebnis unausweichlich. Nehmen wir als Beispiel die Darstellung der SED-Herrschaft in der DDR, über die seit den 90er Jahren viele Monographien erschienen sind, deren geistiger Ausgangspunkt jeweils der „Zusammenbruch“ der DDR 1989/90 bildet. Wichtige Momente der Wirklichkeit blieben ausgeklammert. Den Verlauf der DDR-Geschichte, der sich auf diese Weise zusammenfügt, haben die „Aufarbeiter der DDR-Geschichte“ Armin Mitter und Stefan Wolle dann wohl auch am folgerichtigsten als „Untergang auf Raten“ beschrieben.¹⁸

17 Kurt Pätzold: Wahrsagerei oder Gedächtnisexperiment, in: ND v. 29.-30.12.2007.

18 Armin Mitter/Stefan Wolle: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, Göttingen 1993.

DDR-Geschichte wurde von den „Aufarbeitern“ der DDR-Geschichte „von hinten nach vorn“ rekonstruiert. Wichtige Momente der Wirklichkeit bleiben dabei ausgeklammert. Die teleologische Geschichtsbetrachtung, die nur jene Ereignisse und Zusammenhänge in der Geschichte der DDR untersucht, die zu dem heutzutage bekannten Endergebnis geführt haben, macht es sich zu leicht: Sie unterschätzt die handelnden Personen, übersieht die oftmals vorhandene Vielfalt der Möglichkeiten.

Doch das ist noch nicht die ganze Wahrheit. Es muss darauf hingewiesen werden, dass teleologische Geschichtsbetrachtung dem Historiker nicht nur „passiert“, sondern ihm unter Umständen, und häufiger als man denkt, auch vorgegeben wird. Die Historikerinnen Jana König und Elisabeth Steffen schreiben dazu: „Aus welcher Perspektive Geschichte erzählt wird, wie gerade diese Perspektive zur offiziell legitimierten wird und was demgegenüber ‚vergessen‘ wird, ist ... abhängig von gesellschaftlichen Machtverhältnissen. Vergangenheitsrepräsentationen sind keine objektiven Darstellungen historischer Fakten, sondern Ergebnisse eines selektiven Prozesses, der wesentlich von den Verhältnissen der Gegenwart beeinflusst ist. Der hegemoniale Geschichtsdiskurs homogenisiert die Vergangenheit, die Komplexität von Ereignissen und Perspektiven wird ausgeblendet.“¹⁹ Konkret für den Untersuchungsgegenstand DDR vermerken die beiden Historikerinnen, ausgehend von der offiziell geförderten Geschichtsauffassung über die BRD: Gemäß der bundesdeutschen Geschichtslegende ist die Existenz der DDR – genau wie die Zeit der NS-Herrschaft – als „Unterbrechung, Pause oder Zwischenakt“ im teleologischen deutschen Geschichtsverlauf ab dem 19. Jahrhundert hin zu immer mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu deuten.²⁰ „Während die Geschichte im ‚Westen‘ kontinuierlich voranschritt, gilt die historische Entwicklung der realsozialistischen Gesellschaften als zurück- oder gar stehen geblieben“.²¹

19 Jana König/Elisabeth Steffen: Das Ende der Geschichte? Die Einordnung von DDR und ‚Wiedervereinigung‘ in das postsozialistische Kontinuum der Nation, in: Henning Fischer/ Uwe Fuhrmann/ Jana König/Elisabeth Steffen/Till Sträter, (Hrsg.): Zwischen Ignoranz und Inszenierung. Die Bedeutung von Mythos und Geschichte für die Gegenwart der Nation, Münster 2012, S. 136.

20 Charakteristisch dafür ist die Mehrzahl der Publikationen der Bundeszentrale für politische Bildung über die DDR. Vgl. z. B. Ilko-Sascha Kowalczyk: Das bewegte Jahrzehnt. Geschichte der DDR von 1949 bis 1961, Bonn 2003; Stefan Wolle: Aufbruch in die Stagnation. Die DDR in den Sechzigerjahren, Bonn, 2005.

21 König/Steffen, Das Ende der Geschichte? S. 139.

Teleologische Betrachtungsweise ist kein Privileg der Bundesrepublik. Es gab sie auch zu DDR-Zeiten. Selbstkritisch schrieb im Vorwort des ersten Tagungsbandes von Zeithistorikern, der nach der Streichung der führenden Rolle der SED aus der Verfassung der DDR veröffentlicht wurde und den Untertitel „Neubefragung der DDR-Geschichte“ trug, der Herausgeber Jochen Cerny: „Der vermeintliche Zweck deutscher Geschichte (war es), die Deutsche Demokratische Republik hervorzubringen. Kaum eine andere geschichtswissenschaftliche Disziplin war ... im gleichem Maße teleologisch.“²²

4. Überdenken der Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte im Lichte der Counterfactual History

Eine der Konsequenzen der Beschäftigung mit der Eventualgeschichte war für mich die Notwendigkeit, noch einmal über die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte nachzudenken.

Denn eine unzweifelhafte Folge der Anwendung der Eventualgeschichte ist die Aufwertung der Akteure in der Geschichte, sowohl von einzelnen Persönlichkeiten als auch von politischen Strömungen innerhalb des Machtgefüges, ist die stärkere Beachtung der Personalstruktur und des Zusammenhalts von Akteurskoalitionen.

Unsere Vorstellungen zur Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte sind geprägt durch die marxistische Auseinandersetzung mit der These „Männer machen Geschichte“, die besonders durch Plechanows Kritik daran geprägt wurden und der feststellte: „Die Charaktereigenschaften der Persönlichkeit sind nur dann, nur dort und nur insofern ein ‚Faktor‘ der gesellschaftlichen Entwicklung, wann, wo und inwiefern die gesellschaftlichen Beziehungen ihnen erlauben, es zu sein.“²³

Bei den Ausgangssituationen, auf die sich die Eventualgeschichte bezieht, handelt es sich m. E. gerade um die von Plechanow angesprochenen Ausnahmesituationen, die gekennzeichnet sind durch Brüche, Krisen und Wendepunkte, in der die Persönlichkeit, ihre Charaktereigenschaften eine wichtige Rolle spielen bzw. in der die einzelnen mit einander konkurrierenden Akteurskoalitionen, die Programme, um die sie sich scharen, an Bedeutung rasch gewinnen oder verlieren können.

22 Jochen Cerny, *Brüche – Krisen – Wendepunkte. Neubefragung von DDR-Geschichte*, Leipzig/Jena/Berlin 1990, S. 9, 10.

23 Georgi W. Plechanow, *Über die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte*, Leipzig 1965, S. 58.

Die Schlussfolgerung für die DDR-Geschichte daraus lautet für mich: Den Charaktereigenschaften der „großen Männer“ der DDR muss mehr Beachtung geschenkt werden, um erklären zu können, warum sich gerade die eine Entwicklungsvariante durchsetzte und nicht eine alternative. Natürlich geht es dabei um eine ausgewogene Darstellung der Handlungen, der Einschätzung von Charaktereigenschaften der historischen Persönlichkeiten und nicht um die gängige Praxis der „Aufarbeiter der DDR-Geschichte“, sich auf die Darstellung negativer Eigenschaften bzw. auf deren Fehlentscheidungen zu beschränken bzw. um die Versuche konservativer DDR-Historiker, Staatsmänner wie Ulbricht oder Honecker zu idealisieren.²⁴

5. Einige Ergebnisse der Anwendung der Counterfactual History auf die DDR-Geschichte

Welche Erkenntnisse über die DDR-Geschichte hat die von mir unternommene Befragung der DDR-Geschichte nach den Regeln der Counterfactual History an m. E. Bemerkenswertem zu Tage gefördert?

Eine erste Erkenntnis: Die wirtschaftliche Entwicklung der DDR, die – vermittelt über das Soziale – mehr als alle anderen Bereiche gesellschaftlichen Lebens das Schicksal der DDR bestimmt hat, ist – ungeachtet aller äußeren und inneren Zwänge – auch von den Entscheidungen ihrer führenden Politiker bzw. von Gruppierungen innerhalb der politischen Elite geprägt worden. Insbesondere haben die Auseinandersetzungen zwischen Konservativen und Reformern das Schicksal der DDR mitbestimmt, ihre verschiedenen Entwicklungsetappen geprägt und vermutlich auch ihre Lebensdauer beeinflusst.

Die zweite Erkenntnis: Bei der SED-Führung handelte es sich nicht in erster Linie um Despoten, deren einziges Interesse der Machterhalt war, sondern viel mehr um Politiker, die zugunsten „ihres“ Volkes bzw. Landes den Sozialismus in der DDR aufbauen bzw. weiterentwickeln wollten. Dafür entwickelten sie unterschiedliche Vorstellungen. In der DDR von Bedeutung waren vor allem die Konzepte der von mir als Konservative bzw. als Reformmer bezeichneten Angehörigen der politischen Klasse. Weitgehend Einigkeit herrschte zwischen beiden Strömungen über das Ziel, Streit gab es vor allem

24 Nachdrücklich um eine ausgeglichene Darstellung der Persönlichkeit des Ersten Sekretärs der SED bemüht sich der im Juni 2013 erschienene, von Egon Krenz herausgegebene Band über das Leben Walter Ulbrichts (Vgl. z. B. Herbert Graf, Zwanzig Jahre an Ulbrichts Seite, in: Krenz, Walter Ulbricht, S. 18-28).

über den „richtigen“ Weg. Welche Akteurskoalition wann siegte oder verlor, war nicht „systembedingt“, war auch nicht unbedingt voraussagbar. Getroffene Entscheidungen blieben (auf jeden Fall bis Mitte der 80er Jahre) korrigierbar.

Die Austragung der Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Strömungen innerhalb der SED-Führung erfolgte – um das Bild der Einheit und Geschlossenheit der Partei zu wahren – intern. Aus gleichem Grunde wurde versucht, selbst bei strategischen Politikwechseln – besonders deutlich wurde das bei der Ablösung von Ulbricht durch Honecker – den Eindruck der Kontinuität zu wahren.²⁵ Die Vorstellungen der Akteurskoalition, die unterlag, wurden zu unverwirklichten Alternativen und sind für die Eventualgeschichte von besonderem Interesse.

Drittens: Der Zeitraum der Existenz der DDR war nicht vorbestimmt. Die ostdeutsche Republik musste nicht notwendigerweise vier Jahrzehnte lang existieren. Ihr Leben hätte bereits 1952 enden, aber auch nach 1990 fort dauern können. Beide Aussagen erscheinen auf den ersten Blick rein spekulativ, halten aber einer seriösen Analyse mit den Methoden der Counterfactual History m. E. durchaus stand. Das sei im Folgenden skizziert²⁶.

Am 10. März 1952 schlug die Sowjetunion in einer Note an die drei Westmächte vor, „unverzüglich die Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland zu erwägen“. Ein dieser Note beigefügter Entwurf eines Friedensvertrages versprach u. a. „die Gewährleistung aller demokratischen Rechte und der freien Betätigung demokratischer Parteien und Organisationen.“ Worauf es der sowjetischen Seite besonders ankam: Das wiedervereinigte Deutschland sollte sich verpflichten „keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat.“²⁷ Die Westmächte lehnten den sowjetischen Vorschlag bereits am 25. März ab – „ohne genaue Kenntnis der Hintergründe und Motive“, wie der BRD-Historiker Manfred Görtemaker schreibt.²⁸ Statt einen Moment der Besinnung einzulegen, wurde der Zeitplan der Westmächte für den Abschluss des Vertrages über eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) sogar noch ge-

25 Vgl. Monika Kaiser: Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972, Berlin 1997, S. 370-454.

26 Detaillierter dazu: Jörg Roesler, Was wäre geschehen, wenn ... Nachdenken über Alternativen zum Verlauf der DDR-Geschichte, Berlin 2013, S. 19-29, 35-40.

27 Zitiert in: Helmut Kistler, Bundesdeutsche Geschichte. Die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland seit 1945, Stuttgart 1990, S. 135-137.

28 Manfred Görtemaker: Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2004, S. 129.

rafft.²⁹ Dass der sowjetischen Note und der Antwort der drei Westalliierten folgende diplomatische Geplänkel zwischen den Siegermächten zog sich bis zum September 1952 hin, ohne substantiell Neues zu bieten.³⁰

Ein Eingehen auf das sowjetische Angebot vom März 1952 hätte der deutschen Nachkriegsgeschichte oder doch zumindest der seiner ostdeutschen Region – was man sich ohne Schwierigkeiten vorstellen kann – eine ganz neue Wendung gegeben.

Im politischen Bereich hätten freie gesamtdeutsche Wahlen aller Wahrscheinlichkeit nach mit einem Sieg der SPD über die CDU/CSU geendet. Dafür sprechen eine Reihe von Indizien: Bei den Bundestagswahlen im Sommer 1949 hatten sich beide Parteien – das ist fast vergessen – ein Kopf-an-Kopf-Rennen geliefert. Die Christdemokraten kamen auf 31,0 % der Wählerstimmen, die Sozialdemokraten auf 29,2 %. Erst bei der Bundestagswahl im Herbst 1953 konnte sich die CDU/CSU einen großen Vorsprung gegenüber der etwa gleichstark bleibenden der SPD sichern (45,2 % gegenüber 28,8 %). Die SPD hätte sich bei gesamtdeutschen Wahlen im Jahre 1952 nicht nur auf ihre bisherige Wählerschaft im Westen, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach auch auf die Mehrheit der Wähler im Osten stützen können. Im bevölkerungsreichsten Land der DDR, Sachsen, aber auch in Sachsen-Anhalt und Ostberlin gab es traditionell starke sozialdemokratische Mehrheiten unter den Wählern. Die SED hätte eine derartige Entwicklung nicht aufhalten können. Der Historiker Dietrich Staritz vermutet – sicher zu Recht –, dass der SED die Aufspaltung in ihre einstigen Bestandteile, KPD und SPD, gedroht hätte.³¹

Wie das sozialdemokratisch geführte Deutschland gesellschaftlich, d. h. wirtschafts- und sozialpolitisch ausgesehen hätte, lässt sich aus dem vom SPD-Parteivorstand seit Anfang November 1951 in Arbeit gegebenen „Aktionsprogramm“ ablesen. Vier Ziele sozialdemokratischer Wirtschafts- und Sozialpolitik wurden darin benannt: „Erhöhung und Sicherung des Lebensstandards durch Produktivitätssteigerung und Vollbeschäftigung, Sozialisierung im Bereich der Grundstoffindustrie, wirtschaftliche Neuordnung durch die Verbindung von volkswirtschaftlicher Planung und einzelwirtschaftlichem Wettbewerb und gerechte Verteilung des Ertrages der Volkswirtschaft.“³² Entstanden wäre ein Deutschland, in dem es, anders als in der

29 Dietrich Staritz: Geschichte der DDR. Erweiterte Neuausgabe, Stuttgart 1996, S. 93.

30 Rudolf Morsey: Die Bundesrepublik Deutschland. Grundriss der Geschichte, München 1990, S. 33.

31 Staritz, S. 93.

32 Kurt Klotzbach: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945-1965, Bonn 1996, S. 263-264.

separat bleibenden Bundesrepublik, keine antikommunistische Hysterie, kein KPD-Verbot und keine Kommunistenverfolgung gegeben hätte, in dem das wachsende Bruttosozialprodukt allen Schichten der Bevölkerung relativ gleichmäßig zugute gekommen wäre, während realgeschichtlich in der Bundesrepublik der Anteil der Arbeiter und Angestellten am Volkseinkommen in den 50er Jahren fast kontinuierlich sank – von 65,3 % 1950 auf 59,1 % im Jahre 1960.³³

Für das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik hätte die Wiederbelebung der innerdeutschen Arbeitsteilung – unter Beibehaltung der von der DDR bis 1952 gewonnenen Märkte in Osteuropa und befreit von drückenden Rüstungslasten – selbst ohne zusätzliche Investitionen einen unverzüglichen wirtschaftlichen Aufschwung bewirkt, der über dem durchaus beachtlichen Niveau gelegen hätte, das die DDR, auf sich gestellt, real möglich gemacht hat.³⁴ Nicht gerade „Überholen“, aber „Aufholen“ wäre im Gebiet zwischen Elbe/Werra und Oder/Neiße nicht nur propagiertes Ziel geblieben, sondern Wirklichkeit geworden.

Die Counterfactual History lässt – auch unter Einhaltung strenger Regeln für ihre Handhabung – erkennen, dass neben der stark verkürzten durchaus auch eine deutlich längere Existenz der DDR möglich gewesen.

Am 20. Dezember 1989 traf der französische Präsident Francois Mitterand in der Hauptstadt der DDR zu einem dreitägigen Aufenthalt ein. Es war der erste Besuch eines Staatsoberhauptes der Westmächte in der DDR seit dem Rücktritt Erich Honeckers. Nicht nur diese Tatsache gab Mitterands Besuch in Berlin, der bereits Anfang Januar 1988 bei einem Treffen zwischen Staatsoberhäuptern Frankreichs und der DDR in Paris abgesprochen worden war³⁵, eine besondere Note. Ziel der von Mitterand mit Ministerpräsident Hans Modrow am 21. Dezember 1989 im Berliner Palasthotel beginnenden Verhandlungen war die Ausgestaltung der bilateralen Beziehungen auf dem Gebiet von Politik, Wirtschaft und Kultur. In Begleitung des französischen

33 Angegeben ist die bereinigte Lohnquote. Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Statistische Übersichten zur Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Band West, Bonn 1999, S. 25.

34 Nach Berechnungen des Kölner Zentrums für Sozialpolitik aus dem Jahre 2009 wuchs das Bruttoinlandsprodukt der DDR 1951-1955 um 8,5 %, das der BRD um 9,3 %. Die entsprechenden Angaben für 1956-1960 lauten 6,8 % bzw. 7,0 % .(Gerhard Heske: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung DDR 1950-1989. Daten, Methoden, Vergleiche, Köln 2009, S. 52).

35 Dokument Nr. 117: Arbeitsfrühstück des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterand, Straßburg, 9. Dezember 1989, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit 1989/90, München 1998, S. 629.

Präsidenten befanden sich führende Vertreter der französischen Wirtschaft, Unternehmensleiter und Bankiers.³⁶ Die Franzosen hofften auf Joint-Ventures in den Bereichen Luftfahrt, Schienenverkehr, Telekommunikation und Nahrungsmittel. Für diese Zweige sollte Exportterrain wieder gewonnen werden, das an die BRD verloren gegangen war.³⁷ Von Seiten der DDR wurde der französischen Regierungsdelegation, wie erhofft, für den nächsten Fünfjahreszeitraum die Gründung gemeinsamer Betriebe, Unternehmenskooperationen, Investitionsmöglichkeiten und die Ausdehnung des Handels mit Frankreich – die Republik war bereits drittgrößter westlicher Außenhandelspartner der DDR – in Aussicht gestellt. Die französischen Konzernvertreter wurden ermuntert, unverzüglich mit DDR-Kombinaten Verhandlungen aufzunehmen, auch wenn die DDR ein Joint-Venture-Gesetz erst im neuen Jahr würde verabschieden können. Nicht nur im Bereich der Wirtschaft habe es in vielen Punkten Übereinstimmung gegeben, berichtete das „Neue Deutschland“. Auch im politischen Bereich beständen in wesentlichen Fragen keine Differenzen.³⁸ „Frankreich geht davon aus,“ erklärte Christa Luft vor der Presse, „dass die DDR in den nächsten Jahren als Staat in Europa existiert und eine Perspektive hat.“³⁹

Noch in den von der „Europäischen Gemeinschaft (EG)“, der Vorläuferin der Europäischen Union, herausgegebenen Nr. 12 der „EG-Informationen“ vom März 1990, die als „DDR-Extra“ erschien, schrieb Jaques Delors, langjähriger Präsident der Europäischen Kommission in Brüssel: „Die DDR hat ihren Platz in der Gemeinschaft“. Das gleiche Heft enthielt einen Artikel von Peter Schmidhuber, von 1987 bis 1995 Mitglied von drei Europäischen Kommissionen, zuständig u. a. für Marktwirtschaft: „Die Sanierung der DDR-Volkswirtschaft ist eine lösbare Ausgabe.“⁴⁰

Gegenwärtige Analysen von Wirtschaftswissenschaftlern geben Schmidhuber recht, wenn sie betonen, dass erst die durch im Eiltempo und in Kombination mit einer unverzüglichen Wirtschaftsunion vollzogene Privatisierung der ostdeutschen Industrie zu einer schweren „Anpassungskrise“ der ostdeutschen Wirtschaft geführt habe und auch die einer kurzen Aufholphase folgende und bis heute andauernde „Verfestigung des Produktivitätsrückstan-

36 Johannes Bahrmann/Christoph Links: Chronik der Wende. Bd.2: Stationen der Einheit. Die letzten Monate der DDR, Berlin 1995, S. 13.

37 Ebenda.

38 ND v. 23.-24.12.1989.

39 ND v. 22.12.1989.

40 EG-Informationen 12/1990. DDR-Extra, S. 2; S. 6-7.

des“ der neuen Bundesländer gegenüber Westdeutschland „primär auf die Zerschlagung der ostdeutschen Kombinate und Großbetriebe zurückzuführen“ sei.⁴¹

Was Mitterands Anliegen betraf: Erst massiver Druck von Seiten der US-Administration, aber auch die im Januar 1990 zunehmende politische Instabilität der DDR veranlassten den französischen Präsidenten später (ebenso wie Margaret Thatcher), von ihrer Position, die DDR – zumindest mittelfristig – als selbständigen Staat innerhalb eines sich nach der Ost-West-Konfrontation vereinigenden Europas zu erhalten, abzugehen und Anfang April 1990 auf einem Gipfeltreffen der westeuropäischen Regierungschefs in Dublin der baldigen Vereinigung beider deutscher Staaten zuzustimmen.⁴²

6. Schluss

Mit Hilfe der Virtualgeschichte lässt sich verdeutlichen: Anders als es die ostdeutschen DDR-Forscher bis 1989 lehrten, verfügte die DDR als angebliche Krönung der deutschen Geschichte der vergangenen anderthalb Jahrhunderte nicht über eine dauerhafte Existenzgarantie. Die DDR-Geschichte war offen. Anders aber auch als die „Aufarbeiter der DDR-Geschichte“ nach 1990 verkündeten, war es der DDR nicht notwendigerweise vorgezeichnet, nach dem Ablauf von vier Jahrzehnten unterzugehen. Auch für die DDR gilt Demandts Feststellung: „Eine strukturelle Unfähigkeit zur rechtzeitigen Reform lässt sich aus dem faktischen Versagen der Verantwortlichen niemals ableiten. Begangene Dummheiten beweisen nie, dass man nicht hätte klüger sein können.“⁴³ Auch die „Aufarbeiter“ der Geschichte Ostdeutschlands täten gut daran, davon auszugehen, dass die DDR-Geschichte offen war.

41 Hans Mittelbach: Lohn- und Kapitaleinkommen in Deutschland 1990 bis 2010. Zur Kritik neoklassischer und neoliberaler Konzepte, Köln 2013, S. 83.

42 Daniel Vernet: Die deutsch-französischen Beziehungen, in: Marielouise Christadler/Henrik Uterwedde (Hrsg.): Länderbericht Frankreich. Geschichte. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft, Bonn 1999, S. 525.

43 Demandt, Ungeschehene Geschichte, S. 160.